

Nordschwarzwald (PK). Der Regionalverband begrüßt erkennbare Fortschritte bei den Planungen für Autobahnen und Bundesstraßen in der Region, fordert das Land aber weiterhin zu verstärkten Anstrengungen auf. Laut Mitteilung von Verbandsvorsitzendem Heinz Hornberger und Verbandsdirektor Dirk Büscher stehen mehrere Projekte in diesem Jahr vor entscheidenden Weichenstellungen. Über den Planungsstand hatte in der jüngsten Sitzung des Verkehrsausschusses des Regionalverbands Baudirektor Axel Speer vom Regierungspräsidium Karlsruhe berichtet.

Bei der Planung des Ausbaus der A 8 zwischen Karlsbad und Pforzheim-West wurde ein fehlerhaftes Lärmgutachten zugrunde gelegt. Infolgedessen wurden die Lärmschutzmaßnahmen für die Gemeinde Remchingen-Nöttlingen unzureichend ausgelegt. Nach Protesten der Gemeinde und betroffener Bürger hat sich das Regierungspräsidium Karlsruhe dazu entschieden, ein neues Gutachten durch einen weiteren Gutachter erstellen zu lassen. Aufbaugrund auf den Ergebnissen dieses neuen Gutachtens wird die Thematik des Lärmschutzes für Remchingen-Nöttin-

„Wir brauchen die Westtangente“ Regionalverband sieht kleine Fortschritte bei Bundesfernstraßenplanung

gen neu zu bewerten und auch mit dem Bund zu diskutieren sein. Zahlreiche Mitglieder des Ausschusses begrüßten dieses Vorgehen und brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass der aktive Lärmschutz hier verbessert wird.

Hinsichtlich des geplanten Ausbaus der A 8 zwischen PF-Nord und PF-Süd (Enztalquerung) hat das Regierungspräsidium in Aussicht gestellt, noch vor der Sommerpause einen Erörterungstermin durchzuführen. Von den voraussichtlichen Baumaßnahmen ist ein nahegelegener Brunnen betroffen, der für die Trinkwasserversorgung von Niefern-Öschelbronn von Bedeutung ist. Daher finden hierzu aktuell Gespräche zwischen dem Regierungspräsidium und der Gemeinde statt.

Die Planungen für den Ausbau der B 10 zwischen Pforzheim und Niefern-Öschelbronn, für den seit 2008 ein Planfeststellungsverfahren läuft, wurden bis auf Weiteres zurückgestellt. Die

verfügbaren Ressourcen werden stattdessen in den als vorrangig eingestufteten Ausbau der A 8 investiert. Lediglich die Planungen für die Erweiterung der Enzbrücke von derzeit zwei Spuren auf vier Spuren werden aktuell weitere verfolgt. Hierzu finden derzeit Abstimmungsgespräche zwischen dem Regierungspräsidium und der Gemeinde Niefern-Öschelbronn statt.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der A 8 wird der Ausbau der Tank- und Rastanlage „Enztal“ oder deren Verlegung erwogen. Neben dem aktuellen Standort werden derzeit drei Alternativstandorte (Parkplatz Kämpfelbach, Parkplatz Höllberg sowie ein Bereich südlich von Kieselbronn zwischen den Kreisstraßen von Eutingen und Obsthof) auf ihre Eignung überprüft. Die Prüfung soll bis zum Sommer abgeschlossen werden. Der Bund favorisiere den Ausbau des derzeitigen Standorts, hieß es.

Die Planungen des Regierungspräsidiums für die Ortsumfahrung Neulingen-Bauschlott auf der B 294 ruhen derzeit. Eine Wiederaufnahme der Planungen ist nicht abzusehen.

Die Planungen für den Neubau der B 463, erster Bauabschnitt der Westtangente Pforzheim, sind weitgehend abgeschlossen. Nach Aussage des Regierungspräsidiums könnte das Projekt daher nach Erteilung der Bau- und Mittelfreigabe durch den Bund, auf die dringend erwartet wird, zügig realisiert werden. Die Umplanung des Fluchtstollens parallel zum Arlinger-Tunnel hätte keine Auswirkung auf den Baubeginn. Bei der Umsetzung könnten bereits fertig geplante Teilprojekte wie etwa Brückenbaumaßnahmen umgehend in Angriff genommen werden. Dieser Zeitlinie folgt auch das Straßenbauprogramm 2014 des Landes, dem zu entnehmen ist, dass der Bau der Westtangente aus Sicht des Landes bereits

2014 beginnen könnte. „Alle Hausaufgaben sind gemacht. Wir wollen und brauchen die Westtangente für Pforzheim. Daher kann nur ein zügiger Baubeginn die logische Konsequenz sein.“, betonte Verbandsdirektor Dirk Büscher am Rand der Ausschusssitzung.

Das Tunnelprojekt B 463 bei Bad Liebenzell wurde vom Land nicht für den Bundesverkehrswegeplan 2015 (BVWP) angemeldet. Entsprechend wird die Planung für dieses Projekt beim Regierungspräsidium zurzeit nicht weiter vorangetrieben. Eine Realisierung des Projekts ist daher nicht absehbar.

Die Vorplanung für die Kernstadtentlastung Calw der B 296 wurde vom Regierungspräsidium abgeschlossen. Die Pläne für die entsprechende Tunnellösung wurden beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zur Genehmigung eingereicht. Nach Erteilung der Genehmigung wird das Regierungspräsidium laut Aussage der Referenten die weitere Planung des Projektes einleiten. Da diese Maßnahme in der Anmeldung des Landes zum BVWP mit höchster Priorität auf Platz eins aller Tunnelprojekte gesetzt wurde, plädiert der Verkehrsausschuss mit Nachdruck für die zügige Fortsetzung der Planung.